

4746/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Haigermoser
und Kollegen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Programm der österreichischen EU - Präsidentschaft

Die verantwortlichen Regierungspolitiker von SPÖ und ÖVP haben, trotz vielfacher Versprechen, es bis heute verabsäumt, entsprechende wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die insbesondere den Bestand und die Existenz der klein und mittelständischen Unternehmen in Österreich sichern. So leidet die heimische Wirtschaft unter anderem an einem im internationalen Vergleich enorm hohen Bürokratie - und Verwaltungsaufwand, einer überdurchschnittlich langen Verfahrensdauer, einer zu geringen Eigenkapitalausstattung der Betriebe sowie an der Höhe der Lohnnebenkosten. Anstatt diese die Konkurrenzfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft und damit auch Arbeitsplätze gefährdende Faktoren durch entsprechende Maßnahmen zu beseitigen, schreckte diese Bundesregierung nicht davor zurück, zusätzliche Belastungen, wie zum Beispiel die Einführung der Mindestkörperschaftsteuer, die Erhöhung zahlreicher Gebühren, die Sistierung der Verlustvorträge und dgl., zu beschließen.

Die im internationalen Vergleich überhöhten Strompreise stellen eine weitere zusätzliche Belastung dar. Österreich weist nach Deutschland EU - weit die höchsten Strompreise für Industrieabnehmer auf.

Die derzeitige Steuer - und Abgabenquote liegt in Österreich mit circa 45,7 % über dem OECD - Durchschnitt (1996) und belastet international gesehen unter anderem den Faktor Arbeit überproportional.

Die Lohnnebenkosten liegen in der Wirtschaft anteilig um mehr als 100% über dem realen Arbeitslohn und somit weit über dem OECD - Durchschnitt.

Seit 1989 bewirkt vor allem die kalte Progression eine ständig steigende Lohnsteuerbelastung in Österreich. Zwischen 1989 und 1996 sind die Lohnsteuereinnahmen von 88 Mrd. ÖS auf 160 Mrd. ÖS gestiegen und für 1997 werden diese auf über 185 Mrd. ÖS ansteigen.

Überreglementierungen, eine überbordende Bürokratie haben dazu beigetragen, daß in Österreich die Anzahl der Genehmigungsverfahren bei ca. 15.000, in Deutschland hingegen bei ca. 6.000 bzw. in Großbritannien bei ca. 360 liegt. Die Dauer der Genehmigungsverfahren beträgt in Österreich durchschnittlich 18 Monate in Deutschland nur 7 Monate.

Von der mehrfach und seit Jahren angekündigten Gründeroffensive ist nichts zu bemerken. Anstelle der angekündigten 50.000 jährlichen Neugründungen wagten im abgelaufenen Jahr gerade 15.000 Personen den Schritt in die Selbständigkeit. Mit einer Selbständigenrate von 6,3 % ist Österreich im europäischen Schlußfeld. Stellt man in Rechnung, daß ein Teil dieser Selbständigen nur scheinbar selbständig ist, da ihn die Werkvertragsregelungen dazu zwingen, vermindert dies die Anzahl an Neugründungen noch einmal.

Der Ministerrat hat am 1. Juli 1998 das Programm der österreichischen Präsidentschaft, das vom Bundeskanzleramt und vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten koordiniert wurde und an dem sämtliche Bundesminister mitgewirkt haben, beschlossen. In diesem Arbeitsprogramm für die halbjährliche Funktionsperiode des EU - Ratsvorsitzes werden die Ziele und Schwerpunkte der österreichischen Präsidentschaft dargelegt. Vertreter der Regierung sehen das Arbeitsprogramm (naturgemäß) als sehr ambitioniert an und tatsächlich werden darin eine Vielzahl von Themen angesprochen. Zu bemängeln ist allerdings, daß dieses Programm der Bundesregierung vielfach einer Beschreibung und einer Bestandsaufnahme der aktuellen europäischen Vorhaben gleichkommt, und daß Konkretisierungen sowie Präzisierungen meist fehlen. Vor allem gibt das österreichische Präsidentschaftsprogramm wenig Aufschlüsse darüber, auf welche Art, durch welche (besonderen) Initiativen und Maßnahmen die Ziele erreicht werden sollen bzw. können.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

A N F R A G E:

1) Welche Zielsetzungen verfolgen Sie in Ihrer Ressortzuständigkeit konkret während der EU - Präsidentschaft Österreichs?

2) Welche Ergebnisse erwarten Sie sich konkret?

3) Der Chef der Kärntner Arbeiterkammer stellte kürzlich in Zusammenhang mit der öffentlichen Auftragsvergabe fest: "Solange ausländische EU - Konkurrenz auf diesen Gebieten (Schwarzarbeit, Umweltauflagen, Höhe der Lohnnebenkosten etc.) viel mehr Freiheiten als heimische Firmen genießen und dadurch leicht Billigstbieter sein könnten, bestehe eine Gefahr."

In welcher Form werden Sie in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ressortministern die Zeit der EU - Präsidentschaft Österreichs nützen, um die Chancengleichheit der österreichischen Wirtschaft gegenüber den anderen EU - Mitgliedstaaten sowie Drittstaaten sicherzustellen?

4) Welche Maßnahmen setzt Österreich, um sicherzustellen, daß auch im EU - Ausland vorschriftsmäßig ausgeschrieben wird?

5) Wie stehen Sie zu der von der Arbeiterkammer vorgeschlagenen "Regionalisierung der Auftragsvergabe?"

6) Wie stehen Sie zu Lohnausgleichsabgaben, die in der BRD von Firmen aus EU - Mitgliedstaaten bei öffentlichen Aufträgen eingehoben werden?

7) Den Empfehlungen der Kommission für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft 19.05.1998 (Nr. 49473) ist unter anderem folgendes zu entnehmen: "Die Gesetzgebung für den Binnenmarkt ist noch unvollständig, vor allem weil es an einer vollständigen Umsetzung von EU - Richtlinien auf nationaler Ebene mangelt. Anstrengungen, den Grad der Nicht - Umsetzung von Binnenmarktrichtlinien zu verringern, sind vor allem in Portugal Frankreich, Österreich, Italien und Belgien erforderlich, wo sich das Umsetzungsdefizit auf zwischen 6 und 7, 5 % beläuft."

Welche EU - Richtlinien betreffend den Binnenmarkt hat Österreich bis dato aus welchem Grund noch nicht auf nationaler Ebene umgesetzt?

8) Bis zu welchem Zeitpunkt rechnen Sie mit einer Beseitigung dieses Umsetzungsdefizit?

9) Den Empfehlungen der Kommission für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft vom 19.05.1998 (Nr.49473) ist folgendes zu entnehmen: "Die Regierungen und die Kommission müssen die bestehenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften daher kontinuierlich überprüfen, um ihre Zweckdienlichkeit zu beurteilen und die Kosten ihrer Umsetzung wie Überwachung zu senken und ihre Transparenz und Durchsetzbarkeit zu erhöhen. Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Vereinfachung des Unternehmensumfeldes" :Durchführung eines Benchmarking betreffend die Verwaltungsvorschriften für die Unternehmensgründungen. Die Ermittlung und Beseitigung noch verbliebener regulatorischer Hemmnisse für die Bildung von Risikokapital und für die Entwicklung neuer Finanzprodukte sollten als Priorität betrachtet werden, insbesondere wenn sie zur Finanzierung von KMU beitragen."

Welche für Österreich spezifische Maßnahmen leiten Sie davon ab bzw. gedenken Sie zu setzen?

10) Der Mitteilung der Kommission (Wirtschaftspolitische Überlegungen im Hinblick auf die

Grundzüge der Wirtschaftspolitik für 1998) ist nachstehendes zu entnehmen:

„Binnenmarkt und Globalisierung üben starken Druck in Richtung auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aus, doch hängt diese ebenfalls davon ab, was auf der Ebene der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft an Maßnahmen im Bereich FuE und insbesondere der Informationsgesellschaft unternommen wird.“

Was werden Sie - insbesondere im Rahmen der EU - Präsidentschaft - unternehmen, um Österreich im Interesse der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aus seiner Schlußlichtposition hinsichtlich die Forschung - und Technologieentwicklung in Österreich zu bringen?